

# Zweitveröffentlichung



Dreyer, Nicolas

## Staatsräson : Die Suche nach der richtigen Israel-Politik

Datum der Zweitveröffentlichung: 22.09.2025

Verlagsversion (Version of Record), Zeitschriftenartikel

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-110424x

### Erstveröffentlichung

Dreyer, Nicolas (2025): Staatsräson : Die Suche nach der richtigen Israel-Politik, in: Israelnetz: Magazin; Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten, Wetzlar, Nr. 4/2025, S. 4–5, [https://issuu.com/promedien/docs/israelnetz\\_magazin\\_4\\_2025](https://issuu.com/promedien/docs/israelnetz_magazin_4_2025).

### Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis der Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber einholen.

Für dieses Dokument gilt eine Creative-Commons-Lizenz.



Die Lizenzinformationen sind online verfügbar:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode>

# Die Suche nach der richtigen Israel-Politik

Die „deutsche Staatsräson“ gegenüber Israel war von Anfang an auslegbar. Der Gazakrieg und die Luftschläge im Iran verstärkten die Debatte um den Begriff. Welche Prinzipien sollten künftig die deutsche Israelpolitik bestimmen?

Dr. Nicolas Dreyer

Der europäischen und deutschen Kritik an Israel im Vorgehen gegen die Hamas und den Iran liegt ein Problem zugrunde: Außer Sanktionen gibt es keine Handlungsoptionen gegen Staaten und Regimes, die die europäische Friedens- und Nachkriegsordnung ablehnen. Geleitet von Lektionen der eigenen Geschichte hat die Bundesrepublik zu Recht den Militarismus abgelehnt und sich dem Multilateralismus und der „Friedenspolitik“ verschrieben. Nach dem Ende des Kalten Krieges nahm die Überzeugung zu, dass Europa nicht länger gefährdet sei und Deutschland keine größeren militärischen Fähigkeiten mehr brauche. Damit entledigte sich unser Land jedoch auch mancher Optionen und Möglichkeiten der eigenen und verbündeten Machtprojektion – auch für die nicht allzu seltenen Fälle, dass internationale „Partner“ die Regeln der friedlichen Konfliktlösung ablehnen und auf die Macht des Stärkeren rekurren.

Mike Huckabee, seit April US-Botschafter in Israel, sagte im Juni bei einem Gebetsfrühstück für christliche Unterstützer Israels in Jerusalem sinngemäß: „Natürlich bevorzugen wir die Diplomatie, um Konflikte zu lösen. Aber wenn diese scheitert, tauchen in der Regel die Soldaten auf. Daher müssen wir dankbar dafür sein, Soldaten zu haben.“

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit dem Februar 2022 hat Deutschland aus dem sprichwörtlichen Dornröschenschlaf aufgeweckt. Die von Kanzler Olaf Scholz (SPD) damals proklamierte „Zeitenwende“ zeigt, dass eine „Friedenspolitik“ ohne ausreichendes Abschreckungs- und Verteidigungspotenzial zum Scheitern verurteilt ist. Die „Friedensmacht“ Deutschland kann weder Russland noch den Iran abschrecken. Was Europa seit dem Februar 2022 erlebt, kennt Israel seit den frühesten Versuchen, den Judenstaat im britischen Mandatsgebiet aufzubauen und nach der Staatsgründung weiterzuentwickeln. Von Anfang an musste sich Israel militärisch stark genug aufstellen, um unter hoher Opferbereitschaft seine Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen, und gleichzeitig immer wieder die Hand zum Frieden auszustrecken. Es musste auch immer den politischen und gesellschaftlichen Willen für beides aufbringen.



Gedenken an die Geiseln der Hamas am Dizengoff-Platz in Tel Aviv: Ursache für den Gazakrieg war der Überfall der Hamas auf den Süden Israels am 7. Oktober 2023

Ein zentrales Problem deutscher und europäischer Außenpolitik ist die fehlende Einsicht, dass Islamismus und Israelhass in der arabisch-islamischen Welt nicht nur für Israel, sondern auch für Europa und den Westen eine Bedrohung sind und sich nicht durch „Appeasement“ befrieden lassen. Solange sich der Islam nicht reformiert, wird der Nahe Osten kaum Israels Existenz akzeptieren. Ein säkularisierter Westen versteht nicht mehr die gesellschaftliche und kulturelle Durchdringung mit religiösen Überzeugungen, wie sie im Nahen Osten vorherrschen. Weil die Ablehnung Israels zum Teil religiös begründet ist, können die westlichen beziehungsweise säkularen Vorstellungen für einen Frieden im Nahen Osten nicht greifen, auch wenn sie rational einen Sinn ergeben, wie das Konzept der „Zwei-Staaten-Lösung“.

Voraussetzung für eine sinnvolle Nahostpolitik ist das Verständnis, dass Israel ein strategischer Partner im Nahen Osten ist. Zudem muss auf doppelte Standards verzichtet werden. Ursache und Wirkung dürfen nicht verwechselt werden. Genauso selbstverständlich, wie für Israel das Völkerrecht und Kriegsvölkerrecht gilt, sollten die gleichen Forderungen auch an Palästinenser, Iraner, Katarer und andere gestellt werden – auch wenn die Palästinensische Autonomie von den meisten westlichen Staaten bisher nicht als Völkerrechtssubjekt anerkannt ist. Warum gilt die von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) erhobene Forderung „Übertreibt's nicht!“ für Israel und nicht für die Hamas? Wo bleibt die „höchste Sorge“ beim Schicksal der Geiseln, wie Außenminister Johann Wadepful sie für die Zivilbevölkerung in Gaza ausdrückt?

Der Iran mit seinen Proxys Hamas und Hisbollah, genauso wie das gegenwärtige Russland, lässt sich in keine „Friedensordnung“ einbeziehen – im Gegenteil, sie bekämpfen diese europäische Friedens- und Werteordnung und erkennen die Prinzipien des Völkerrechtes nicht an. Sie bekämpfen nicht nur den jüdischen Staat, sondern die gesamte westliche, liberale und demokratische Ordnung.

Ähnlich brachte dies im Juni 2025 der ukrainische Parlamentsabgeordnete Oleksii Hontscharenko bei einer parlamentarischen Versammlung des Europarates auf den Punkt: „Israel schützt die



Grundwerte, die wir alle hier teilen. Wir sprechen von Frauenrechten. Wer schützt die Frauenrechte im Nahen Osten? Israel. Wir sprechen von Demokratie. Was ist Demokratie im Nahen Osten? Israel. Wir sprechen über Menschenrechte und die Herrschaft des Rechts. Israel, Israel, Israel. Anstelle der Kritik an Israel sollten wir Israel unterstützen.“

Politiker der Mitte in Deutschland gestehen der Ukraine zu, dass diese nicht nur ihre Heimat, ihr Land und ihr Volk, ihre Geschichte und Kultur vor der revisionistischen Aggression Russlands verteidigt, sondern auch Europa und damit unsere geteilten Werte. Die Ukraine verteidigt unsere Freiheit und Demokratie dadurch, dass sie unter großen Opfern ihre Nation und ihr Staatsgebiet zu schützen sucht. Die Wirksamkeit universaler liberaler Werte, wie Menschen- und Bürgerrechte und Völkerrecht, ist daran gebunden, dass sie durch einen nationalen Rechtsstaat nach innen und außen durchgesetzt werden. Auf dem ukrainischen Staatsgebiet, das von Russland völkerrechtswidrig besetzt ist, gibt es keine freien Wahlen, Meinungsfreiheit oder Rechtsstaatlichkeit mehr.

## Bedrohung durch den Islamismus

Parallel dazu darf unsere Politik verstärkt die Erkenntnis darüber erlangen, dass auch Israel nicht nur sein Land und seine eigene Demokratie und Freiheit verteidigt, sondern auch die liberalen Werte der gesamten westlichen Welt. Angela Merkel (CDU) hatte auf diese moralische, strukturelle Verbundenheit zwischen Israel und Europa beziehungsweise Deutschland im liberalen Demokratie- und Staatsverständnis in ihrer Ansprache in der Knesset 2008 verwiesen, wo sie Israels Sicherheit als „deutsche Staatsräson“ bezeichnete. Tatsächlich ist es seit Jahren der politische und extremistische Islam im Nahen Osten, der genau diese unsere gemeinsamen Werte bekämpft.

Vermutlich war Israels Angriff auf den Iran, mit amerikanischer Unterstützung, die einzige Möglichkeit, das Atomwaffen- und Raketenprogramm der Islamischen Republik und seine völker-

rechtswidrigen Absichten zur Auslöschung Israels außer Dienst zu stellen, sofern dies ausreichend gelungen sein mag.

Solange in der Bundesregierung mehrheitlich Einvernehmen dazu herrscht, mag sie dem Anspruch der „deutschen Staatsräson“ gerecht werden: Israels Bedrohung ernst zu nehmen – und es wo nötig durch Waffenlieferungen dazu zu befähigen, diese auszuschalten. Daher bleibt es richtig, die Rüstungskoooperation uneingeschränkt fortzuführen. Der jüdische Staat muss zu jeder Zeit die nötigen militärischen Ressourcen haben, um sich eigenständig und im Zweifelsfalle auch nach eigenem Ermessen verteidigen zu können.

Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die Verteidigungszusammenarbeit mit Israel auch für die Bundesrepublik, die Bundeswehr und die Terrorismusbekämpfung hierzulande über Jahrzehnte hinweg vorteilhaft war. Bei seinem Solidaritätsbesuch Ende Juni in Israel erlebte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU), wie nützlich auch für Deutschland eine Kooperation mit Israel im Bereich Cybersicherheit und Zivilschutz sein wird.

Der in der Region weitverbreitete Hass auf den Judenstaat richtet sich gegen dessen Existenz – Israels Politik ist meistens nur der Vorwand. Und damit ist dieser Hass auf Israel das größte Hindernis für einen Frieden im Nahen Osten. Wenn sich Deutschland also zur Existenz Israels bekennt, muss diese Erkenntnis allem Handeln Israel gegenüber zugrunde liegen. Daraus ergibt sich eine Empfehlung zur Frage, wie sich die „Staatsräson“ gestalten sollte: Ein unmissverständlicher Einsatz der deutschen Diplomatie zugunsten der Anerkennung Israels bei allen Partnern, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen pflegt, sollte vorausgesetzt werden können. Antisemitismus, Antizionismus und die Leugnung des Holocaust müssen auch auf internationalem Parkett mit solider außenpolitischer Priorität bekämpft werden. Die Verflechtung zwischen Antisemitismus und Antizionismus ist bei anti-israelischen und pro-palästinensischen Demonstrationen in Europa und Nordamerika nur allzu offenkundig. Daher müssen diese Phänomene im Verbund bekämpft werden. Dies kann zum Beispiel geschehen, indem Projektpartnern der Bundesrepublik sowie ausländischen Regierungen die Kooperation und Förderung verweigert wird, wenn diese sich hier nicht eindeutig genug positionieren. Auch in den Vereinten Nationen hat Deutschland die Möglichkeit, die richtigen Signale zu senden. Bei Abstimmungen in der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat bleibt die deutsche Unterstützung für Israel in ihrer Eindeutigkeit ausbaufähig.

Die „Staatsräson“ heißt vor allem, dass alle „Akteure“, die Israels Existenz und Sicherheit bedrohen, die Waffen gegen Israel richten und nutzen, von Deutschland aktiv politisch bekämpft werden müssen. Deutschland, Europa und die USA werden die Hamas, die Hisbollah, die Muslimbruderschaft sowie den Iran, nicht entwaffnen können – aber sie können Israel befähigen, dies in seinem geopolitischen Umfeld zu tun, soweit es überhaupt möglich ist. Vor allem kann Deutschland dabei helfen, die entsprechenden finanziellen Netzwerke zu zerstören. Wenn deutsches, europäisches und westliches Regierungshandeln sich darauf fokussierte, käme das Ideal einer „Staatsräson der Sicherheit Israels“ und einer stabilen Friedensordnung im Nahen Osten vielleicht ein Stück näher – möglicherweise hat das Handeln der Israelis und Amerikaner im Juni mit dem Angriff auf den Iran einen kleinen Beitrag dazu geleistet. |